

Kommentare

Krieg in der Ukraine
Zögerliches Deutschland

Überzeugende Argumente gegen die Lieferung deutscher Schützen- und Kampfpanzer an die Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schon lange nicht mehr. Zuletzt musste als Grund für die Blockadehaltung herhalten, dass Deutschland keinen nationalen Alleingang wolle. Eine schwache Ausrede: Hätte die Bundesregierung gewollt, hätte sie sich darum bemühen können, Verbündete ins Boot zu holen – um dann gemeinsam westliche Panzer zu liefern. Stattdessen hat nun der französische Präsident Emmanuel Macron die Initiative ergriffen und der Ukraine Spähpanzer aus eigener Produktion zugesagt. Nicht nur das: Nach den Worten von US-Präsident Joe Biden erwägen die Vereinigten Staaten die Lieferung amerikanischer Bradley-Schützenpanzer.

In der Debatte um Panzerlieferungen hat Scholz wieder eine Chance verpasst. Deutschland präsentiert sich ein weiteres Mal als zögerlicher Verbündeter. Unvergessen sind in Kiew die 5.000 Bundeswehrhelme, jener erste militärische Beitrag für die angegriffene Ukraine, mit dem die Bundesregierung sich der Lächerlichkeit preisgab. Dass Teile der Bundesregierung ein Kommunikationsproblem haben, hat sich nicht erst seit dem peinlichen Silvestervideo von Ver-

teidigungsministerin Christine Lambrecht gezeigt. Denn Deutschland müsste sich bei der Ukraine-Hilfe eigentlich nicht verstecken.

Bei der militärischen Unterstützung steht die Bundesrepublik nach den USA und Großbritannien an dritter Stelle, bei der bilateralen Regierungshilfe (einschließlich des Anteils an EU-Beihilfen) sogar an zweiter. Statt sich aber als Vorreiter zu profilieren, wirkt Deutschland wie ein Partner, der ständig auf der Bremse steht – bis er am Ende unter wachsendem Druck dann doch nachgibt.

Bereits im September fragte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba mit Blick auf die Zurückhaltung bei den von seinem Land erbetenen Leopard- und Marder-Panzern, wovor Berlin eigentlich Angst habe. Auch wenn die Antwort bis heute ausbleibt: Spätestens jetzt ist klar, dass Paris mehr Mut hat.



Can Meroy, Berlin

can.meroy@
ihr-kommentar.de
Titelseite, Seite 3

Beerdigung von Papst Benedikt XVI.

Katholische Kirche unverzichtbar

Der Kontrast könnte nicht größer sein: Als Joseph Ratzinger 2005 zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt wurde, herrschte in Deutschland Begeisterung. Manche riefen: „Wir sind Papst.“ Schon vor dem Rückzug Benedikts XVI. 2013 hatte sich die Euphorie in Lethargie verwandelt. Die Reaktionen auf seinen Tod bestätigen das: Spürbare Trauer fehlt. Trotzdem sollte man die katholische Kirche noch nicht aufgeben.

Bei uns bleibt sie zwar in der Krise. Ein Grund dafür sind die Zustände im Erzbistum Köln. Dort lässt Papst Franziskus mit Kardinal Rainer Maria Woelki einen Mann im Amt, der jede Autorität verloren hat. Überdies torpedieren der Vatikan und manche Bischöfe den synodalen Weg, obwohl nur unterschiedliche Reformen den Verfall sowie die Entfremdung zwischen Klerus und Gläubigen stoppen könnten.

Freilich hat die katholische Kirche in anderen Erdteilen mehr Kraft als in Europa. Auch hierzulande ist sie trotz der Jahrzehntelang systematisch

vertuschten sexuellen Gewalt nicht zu ersetzen. Die Gotteshäuser und ihre Gemeinden sind Gefäß einer 2000 Jahre alten Kultur, in der der Kern des Glaubens bewahrt wird. Fallen sie weg, bleibt eine Leerstelle, die der Protestantismus kaum füllen kann. Schließlich leben wir in Zeiten, die uns täglich an den Horizont unseres Seins erinnern. Die Menschheit hat viele Probleme und wenig Lösungen – weil sie zu langweilig glaubte, selbst die Lösung für alles zu sein.

Ein recht verstandenes und möglichst ökumenisches Christentum als Einsicht in die eigene Begrenztheit könnte heilsam wirken. Daran ändern katholische Verirrungen nichts.



Markus Decker, Berlin

markus.decker@
ihr-kommentar.de
Titelseite, Seite 3



NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU, v.l.), Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach (SPD) und Daniela Behrens (SPD), Sozialministerin in Niedersachsen, stellen das weitere Vorgehen für eine umfassende Krankenhausreform vor. Foto: dpa

Großprojekt Krankenhausreform

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) diskutiert mit den Amtskollegen eine Strukturreform für Kliniken. Dabei zeigen sich Differenzen mit den Ländern.

Tim Szent-Ivanyi

■ Berlin. Bund und Länder wollen bis zum Sommer gemeinsam eine große Krankenhausreform ausarbeiten. Darauf einigten sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und die Ressortchefinnen- und -chefs der Länder bei einer Konferenz in Berlin. Lauterbach sagte anschließend, man stehe am „Vorabend einer notwendigen Revolution“ im Krankenhaussektor. Es bestehe Einigkeit darüber, dass künftig bei einer Krankenhausbehandlung wieder medizinische Aspekte im Vordergrund stehen müssten. Es gehe um die „Entökonomisierung“ des Systems. Allerdings zeigten sich beim Treffen große Differenzen: Vertreter der Länder machten deutlich, dass sie sich vom Bund nicht in die Krankenhausplanung hineinreden lassen.

Das Vorgehen, dass Bund und Länder gemeinsam einen Referententwurf für eine Reform erarbeiten, ist ungewöhnlich. Normalerweise geht der Bund mit konkreten Vorschlägen voran. Eine Krankenhausreform ist allerdings im Bundesrat ohnehin zustimmungspflichtig, so dass eine frühe Abstimmung mit den Ländern durchaus sinnvoll ist. Bisher liegt ein Konzept einer von

Lauterbach eingesetzten Regierungskommission vor.

Sie hat unter anderem vorgeschlagen, dass die Krankenhäuser künftig fixe Beträge für das Vorhalten von Betten, Personal und medizinischem Gerät bekommen. Im Gegenzug sollen die bisherigen Fallpauschalen, die die Kliniken für jeden Eingriff erhalten, reduziert werden. Das soll den Anreiz senken, möglichst viele Patienten zu behandeln. Vorgehen ist zudem, dass die Kliniken bundesweit einheitlich drei Kategorien zugeordnet werden: Kliniken zur Grundversorgung, zur „Regel- und Schwerpunktversorgung“ und zur „Maximalversorgung“. Die Reform soll wirtschaftlichen Druck von den Häusern nehmen.

Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef

Laumann (CDU) und seine Ressortkollegin aus Niedersachsen, Daniela Behrens (SPD), begrüßten zwar eine Reform der Fallpauschalen. Sie lehnten aber bundeseinheitliche Vorgaben für die Klinikstruktur ab. Der Vorschlag der Kommission sei lediglich eine Arbeitsgrundlage, sagte Behrens. Laumann betonte, es gehe um eine Reform von „Maß und Mitte“, nicht aber um eine Revolution. Es sei kein Weg, die Probleme mit einer „bundesweit einheitlichen Schablone“ beheben zu wollen. Vielmehr gehe es um regionale Lösungen.

Laumann sagte, es gehe bei der Reform nicht um einen „Krankenhausschließungsplan“. Es müsse aber bestimmt werden, welches Krankenhaus in Zukunft welche Leistungen anbiete. Lauter-

bach ergänzte, es mache beispielsweise Sinn, dass Krebspatienten nur in zertifizierten Krebszentren behandelt würden. Untersuchungen hätten ergeben, dass dort die Sterblichkeit um 25 Prozent niedriger sei als in den nicht spezialisierten Kliniken.

Weil Lauterbach mit der bundesweit einheitlichen Einteilung der Kliniken in unterschiedliche Versorgungsstufen in die Länderhoheit der Krankenhausplanung eingreift, hatten zuvor mehrere Bundesländer Protest angemeldet. Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) erklärte, die Pläne Lauterbachs griffen in „unzumutbarer Weise“ in die Kompetenz der Länder ein. „Das bisherige Konzept der Regierungskommission läuft auf ein zentral gesteuertes, quasi-planwirtschaftliches und hochtheoretisches System hinaus, das bedarfsnotwendige Versorgungsstrukturen vor Ort gefährden würde“, warnte der CSU-Politiker.

Holetschek hatte bereits zuvor zusätzliches Geld gefordert: Der Bund solle die Kliniken mit jährlich 15 Milliarden Euro bei den Betriebskosten unterstützen. Eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung werde nicht durch reine Umverteilung gelingen.

Statistische Angaben

◆ Die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Waren es 2001 noch rund 2.200 Krankenhäuser mit mehr als 550.000 Betten, gab es 2021 noch knapp 1.900 mit 484.000 Betten. In den wenigen Kliniken heute

arbeiten aber mehr Ärzte und Pflegekräfte als noch zur Jahrtausendwende. ◆ Damals waren es 122.000 hauptamtliche Mediziner und etwa 415.000 Pflegerinnen und Pfleger, jetzt sind es mehr als 200.000 Mediziner und 486.000 Pflegekräfte.

McCarthy scheitert wieder im US-Kongress

■ Washington (dpa). Trotz neuer Zugeständnisse an seine Gegner ist der Republikaner Kevin McCarthy im Machtkampf um das höchste Amt im US-Parlament wieder gescheitert. Der 57-Jährige bekam bei zwei weiteren Wahlgängen nicht genug Stimmen, um Vorsitzender der Parlamentskammer zu werden. Zuvor hatte es hinter den Kulissen intensive Verhandlungen gegeben – ganz offenbar ohne Erfolg. McCarthy schnitt nicht besser ab als in den vorherigen Durchläufen. Gegen ihn stellen sich vor allem glühende Anhänger des ehemaligen Präsidenten Donald Trump – obwohl dieser McCarthy unterstützt.

Berichten zufolge war McCarthy seinen Parteigegnern vor den Abstimmungen einen großen Schritt entgegenkommen, um sich deren Stimmen zu sichern und die Blockade zu durchbrechen. Der 57-Jährige soll sogar eingewilligt haben, die Hürden für die Abberufung eines Vorsitzenden im Repräsentantenhaus noch weiter zu senken. Damit bietet er seinen Gegnern ein Druckmittel, ihn nach Belieben wieder aus dem Amt zu jagen. Dies könnte schwerwiegende Folgen haben und zu noch mehr Instabilität führen, wenn im Kongress wichtige Entscheidungen anstehen. Die Rechtsaußen-Abgeordneten könnten die Kammer in Geiselhaft nehmen.

McCarthy war am Dienstag und Mittwoch in sechs Wahlgängen durchgefallen. Gestern stimmte einer seiner Widersacher sogar für Trump.

Baerbock mit Amtskollegin nach Äthiopien

■ Paris (AFP). Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Frankreichs Chefdiplomatin Catherine Colonna reisen in der kommenden Woche gemeinsam zu einem Besuch nach Äthiopien. Ziel der dort geplanten Gespräche sei es, zur „Festigung des Friedensabkommens“ in dem ostafrikanischen Land beizutragen, sagte Colonna. Nach jahrelangem Konflikt zwischen der Regierung und Rebellen in der nördlichen Region Tigray hatten sich die Konfliktparteien Anfang November auf einen Waffenstillstand geeinigt. Das Abkommen sieht unter anderem die Entwaffnung der Rebellenorganisation TPLF vor. Humanitäre Hilfe für die Menschen soll ermöglicht werden.



Ihre Meinung interessiert uns!

Per Post:
Chefredaktion
Niedernstr. 21–27
33602 Bielefeld

Per E-Mail
redaktion@nw.de

Im Netz
nw.de

In sozialen Netzwerken:
facebook.com/
neuestfaelische
twitter.com/nwnews

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Bitte geben Sie Namen und Anschrift an.

Karikatur



Erdbeben in Washington

Zeichnung: Pepsch Gottscheber

Ihre Meinung

Kein Gewissen

Zu „Drei Jahre Kampf um einen Rollstuhl“ (29.12.22)

■ Beim Lesen dieses Artikels habe ich mich gefragt, wie sich die AOK Gesundheitskasse nennen kann. Schlimmer kann man sich doch nicht blamieren, wenn man so seine kranken Mitglieder behandelt. Aber ich hatte vergessen, die horrenden Gehälter für die Vorstände sind ja viel wichtiger. Für mich haben die Entscheider, sei es bei der AOK oder dem LWL, kein Gewissen, sondern nur Profitdenken im Kopf. Folgender Vorschlag: Alle Discounter und Supermärkte (Aldi, Lidl, Edeka usw.) zahlen auf ein Anderkonto bei dem Rechtsanwalt Hartmann einen kleinen Teil des Gewinns vom Verkauf der sinnlosen Raketen und Böller ein und finanzieren somit den Roll-

stuhl. Damit wäre der Umwelt und dem Herrn Klei geholfen.

Renate Beelmann
33605 Bielefeld

Desolate Situation

Zu „Eine Erzieherin erklärt ihre Kündigung“ (28.12.22)

■ Traurig und sehr erschreckend ist der Artikel. Da kündigt eine kompetente Erzieherin, die ihren Job vermutlich lange und mit viel Engagement ausgeübt hat, weil sie aufgrund der Personalnot den pädagogisch sinnvollen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden kann. Ich habe nie mit Kindern gearbeitet, aber als Krankenschwester in der Pflege. Und in der Altenpflege ist es genauso wie im Bericht beschrieben: Die Heimbewohner werden fast nur noch versorgt, es ist keine Zeit, sich

um die individuellen Belange zu kümmern. Ich arbeite in einer Ambulanz, die in vielen Einrichtungen tätig ist, habe daher nicht nur Einblick in eine Einrichtung. Verschiedene Krankheitsbilder erfordern einen speziellen Umgang, ähnlich wie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder. Da die vorhandenen Strukturen (der Spätdienst endet um 20.30 Uhr, da müssen alle spätestens versorgt und im Bett sein) und das wenige (oft schlecht geschulte) Personal dies nicht leisten können, ist die Situation oft ziemlich desolat. Ich (58 Jahre alt) bekomme langsam Angst vorm Altern. Zu Beginn von Corona haben uns „Helfende“ alle beklatscht. Hat sich irgendwas politisch geändert? (...)

Kristina Hackland
33649 Bielefeld